

## **Metall-Branche: Die IG Metall-Bevollmächtigten Wolfgang Breuer und Gerd Koch sind mit dem Tarifabschluss zufrieden und loben die Arbeitgeber Die Arbeitsplatzsicherung hatte oberste Priorität**

Odenwald-Tauber. "Wir sind mit dem Ergebnis mehr als zufrieden", ziehen Erster Bevollmächtigter der IG Metall Wolfgang Breuer sowie sein designierter Nachfolger und momentan noch zweiter Bevollmächtigter, Gerd Koch, im Gespräch mit den Fränkischen Nachrichten ein positives Fazit nach den Tarifabschlüssen in der Metallbranche. "Oberste Priorität hatte die Arbeitsplatzsicherung und die haben wir zumindest bis Ende 2012 erreicht." Ein Lob zollten die Gewerkschafter hier den Betrieben, die gerade in puncto Erhalt der Arbeitsplätze äußerst kooperativ gewesen seien.

"Es grenzt schon fast an ein Wunder, dass diese Tarifrunde in der größten Wirtschaftskrise der letzten 80 Jahre ohne Warnstreiks oder Streiks über die Bühne gegangen ist", machte Breuer deutlich, dass es weniger ein Arbeitskampf, als ein gemeinsames Suchen nach Auswegen war.

Und sicherlich kam den Gewerkschaften zugute, dass nicht die Anhebung der Löhne das oberste Ziel war, sondern der Erhalt der Arbeitsplätze. "Auch die Arbeitnehmer haben erkannt, wie wichtig gut ausgebildetes Personal ist und wollen es deshalb unbedingt halten, damit sie, wenn der Aufschwung kommt, unverzüglich reagieren können", nennt Breuer einen Faktor für die ungewohnte Harmonie zwischen den Tarifpartnern.

Überraschend war für Breuer und Koch auch die Laufzeit der Vereinbarung für zwei Jahre. "Wir hatten erwartet, dass uns im nächsten Jahr wieder ein Arbeitskampf ins Haus steht", so Breuer. Doch die Ursachen hierfür lägen bei genauerer Betrachtung auf der Hand. Breuer: "Die Betriebe wollen Planungssicherheit, damit sie wenigstens auf diesem Gebiet eine Zeit lang Ruhe haben, da sie in Zeiten der Krise schon genügend Baustellen zu beackern haben."

Mit dem Gebot der Arbeitsplatzsicherung und letztlich dem Erreichen dieses Ziels habe man den größten Wunsch der Basis umgesetzt. "Bei einer Versammlung mit den Betriebsräten und Vertrauensleuten aus dem Main-Tauber- und Neckar-Odenwald-Kreis haben wir ein überaus positives Feedback zu den Tarifabschlüssen erhalten", so Breuer und Koch.

Als wichtigstes Instrument der Arbeitsplatzsicherung nannten Breuer und Koch einmal mehr die Kurzarbeit. Froh sind Breuer und Koch deshalb, dass dort, wo die gesetzliche Kurzarbeit nicht mehr greift, eine tarifliche Kurzarbeit zur Überbrückung eingesetzt werden kann. "Man darf dabei nicht vergessen, dass die Lasten dieser Kurzarbeit in erster Linie die Arbeitnehmer und dann die Arbeitgeber tragen", hebt Breuer hervor. Weder die gesetzliche noch die tarifliche Kurzarbeit seien für sie kostenlos.

Sauer macht Breuer deshalb die Kritik, Arbeitgeber und IG Metall hätten einen Abschluss auf Kosten des Staates durchgedrückt. "Das ist nach meiner Meinung in mehrfacher Hinsicht falsch und offenbart eine Blindheit gegenüber der Tiefe und Dauer der Krise", wehrt sich der Erste Bevollmächtigte gegen solche Unterstellungen. Wenn

nicht alles getan werde, um Arbeitsplätze zu sichern, könnten allein in der Metall- und Elektroindustrie bis 2012 700 000 Beschäftigte in Deutschland arbeitslos werden. "Im Neckar-Odenwald- und Main-Tauber-Kreis müsste man mit mehreren hundert weiteren Arbeitslosen rechnen", prognostiziert Breuer. Das wäre eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe und die teuerste aller Möglichkeiten. "Wir haben das Szenario auf zwei Jahre durchgerechnet und festgestellt, dass Massenarbeitslosigkeit mehr als ein Drittel teurer ist als die Kombination aus gesetzlicher und tariflicher Kurzarbeit."

Ein Blick auf Betriebe der Metallbranche in der Region zeigt, dass das Instrument Kurzarbeit doch in der Tat häufig eingesetzt wird, um Arbeitsplätze zu erhalten. So arbeiten in folgenden Betrieben die Arbeitnehmer folgende Prozente weniger: Eirich (Hardheim): 20 bis 30 Prozent gesamte Belegschaft; Bleichert (Osterburken): 30 Prozent Abteilungsweise; Wendt (Niederstetten): 15 bis 20 Prozent gesamte Belegschaft; Ersa (Wertheim): zehn bis 15 Prozent; Hydraulikring (Seckach): fünf Prozent gesamte Belegschaft; Weinig (Tauberbischofsheim) 15 Prozent der gesamten Belegschaft; Wörner (Wertheim): 40 Prozent größte Teil der Belegschaft; Bartec (Bad Mergentheim): 20 Prozent Hälfte der Belegschaft; Piad (Buchen): 30 bis 40 Prozent gesamte Belegschaft. "Diese Zahlen spiegeln die Auftragslage nahezu exakt wider, die Auslastung in der Metall-Branche beträgt momentan rund 70 Prozent", ergänzt Breuer.

Also alles Friede, Freude, Eierkuchen? Nicht ganz. Auch wenn zwischen den Tarifpartnern momentan eine Art Waffenbrüderschaft im Kampf gegen die Krise herrscht, befürchten Breuer und Koch Ungemach - und zwar aus Berlin. "Alles, was die Bundesregierung auf dem Sozialsektor streicht, können die Tarifpartner nicht hereinholen", so Breuer und Koch. Die Sozialkosten seien zwar bis 2010/2011 geregelt, aber die beiden Gewerkschafter befürchten, das nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen der Rotstift angesetzt wird. "Wir hoffen dennoch auf ein positives Signal aus Berlin", so Breuer.

Fraglich ist zudem, wie lange kleinere und mittlere Betriebe bei gleichbleibend schlechter Auftragslage die Kurzarbeit noch finanzieren können, wie lange sie ausreichend liquide Mittel haben werden. "Eine Schlüsselrolle werden hier die Banken spielen, deshalb fordern wir eine strikte Kontrolle von Seiten der Politik, damit der Arbeitsplatzverlust nicht maßlosem Spekulantentum zum Opfer fällt", so Breuer.

Die IG Metall sieht für die nahe Zukunft drei Handlungsfelder, auf die sie ihr Hauptaugenmerk legen will: Keine Entlassungen in der Krise, Chancen für die Jugend sowie Sozialstaat sichern - Krisenlasten fair verteilen.